

Prävention und Parmaschinken

Mehr als 400 geladene Gäste feierten im September auf dem traditionellen Sommerempfang im Haus der Ärzteschaft.

von Jürgen Brenn

Rudolf Henke, Präsident der Ärztekammer Nordrhein, konnte als diesjähriger Gastgeber des traditionellen Sommerempfangs, der im Wechsel von der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) ausgerichtet wird, über 400 geladene Gäste aus Landespolitik, Gesundheitswesen und Medizin im Düsseldorfer Haus der Ärzteschaft begrüßen.

Bevor in lockerer Atmosphäre und am warm-kalten Buffet fachliche Gespräche geführt und neue Kontakte geknüpft wurden oder alte wieder auflebten, also Networking betrieben wurde, sprachen sowohl der Kammerpräsident als auch die Staatssekretärin im NRW-Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter, Martina Hoffmann-Badache, ihre Grußworte. Henke äußerte sich beispielsweise zu den Vorstellungen der Ärzteschaft zum geplanten Präventionsgesetz und den nicht ausreichenden Investitionen in die Krankenhaus-Infrastruktur. Staatssekretärin Hoffmann-Badache zeichnete die politische Agenda des Landesgesundheitsministeriums nach. Dabei wurden viele Gemeinsamkeiten zwischen Ärzteschaft und Landesregierung deutlich. Aber auch unterschiedliche Sichtweisen kamen zur Sprache wie beim Thema Wartezeiten für einen Arzttermin.

Arzttermin-Debatte treibt Politik um

Die Staatssekretärin ist in diesem Punkt mit Gesundheitsminister Hermann Gröhe einig, dass unterschiedliche Wartezeiten für einen Termin für Kassen- oder Privatpatienten eine Ungleichbehandlung darstellten. Henke entgegnete: „Was ich von Hausärzten weiß, ist, dass diese für einen schnellen, direkten Kontakt zum Facharzt sorgen, wenn dies der Zustand des Patienten erfordert.“ Die Ärzteschaft bekenne sich dazu, „dass es in der materiellen Frage der Versorgung keinen Unterschied geben darf zwischen privat und gesetzlich versicherten Patienten“, stellte er klar.

Ein weiteres Thema, bei dem die Staatssekretärin und der Kammerpräsident nicht einer Meinung waren, stellen die unzureichenden Investitionen der Länder in die Kliniken dar. Der Gesamtbedarf beläuft sich derzeit auf sechs Milliarden Euro im gesamten Bundesgebiet. Die Länder stellten derzeit lediglich rund 2,7 Milliarden Euro bereit, was bedeute, dass 3,3 Milliarden Euro zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur der Krankenhäuser fehlten, rechnete Henke vor. Staatssekretärin Müller-Badache konstatierte, dass die Länder bei den Krankenhaus-Investitionskosten in einer „schwierigen Lage“ seien. Das Ziel sei ein enger Schulterschluss mit den anderen Ländern, um eine befriedigende Lösung herbeizuführen.

Einig bei der Inklusion

Beim Thema Inklusion ziehen Ärzteschaft und Landesgesundheitsministerium an einem Strang. Man sei sich einig, dass die Integration von Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens weiter vorangetrieben werden müsse. Dazu zählt nach den Worten der Staatssekretärin auch die medizinische Versorgung, die sich auf Menschen mit Behinderungen besser einstellen müsse. Sie denke dabei an Gebärdendolmetscher, höhenverstellbare Untersuchungsliegen oder die Übersichtlichkeit der Krankenhäuser. Barrieren müssten in allen Bereichen – ambulant, stationär und in der Rehabilitation – umfassend abgebaut werden.

Der Kammerpräsident geht davon aus, dass ein Gesetzentwurf für das Präventionsgesetz nicht mehr in diesem Jahr kommen wird. Der Ärztekammer sei wichtig, dass die gesundheitliche Prävention bei sehr vielen Menschen ankommt und nicht nur bei denjenigen, die ohnehin eine hohe Bereitschaft für gesundheitsfördernde Verhaltensweisen haben. Ein Problem dabei sei, die Menschen zu erreichen. Eine Möglichkeit ist die Ansprache am Arbeitsplatz. Henke verwies auf ein aktuelles Projekt der betrieblichen Gesundheitsförderung von Ärztekammer und KV Nordrhein für mehr Bewegung. In dessen Rahmen sind an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Schrittzähler ausgegeben worden. Gemeinsames Ziel ist es, täglich 10.000 Schritte zurückzulegen und in einem bestimmten Zeitraum in Gruppen virtuell von Düsseldorf nach Kapstadt zu gehen.

Auch die Arztpraxen seien ein guter Ort, um Menschen aus allen Bevölkerungsschichten zu erreichen, sie auf Präventionsmaßnahmen hinzuweisen und sie zu gesünderen Verhaltensweisen anzuregen, führte der Kammerpräsident aus. Dies sollte als ärztliche Leistung in dem künftigen Präventionsgesetz festgeschrieben werden, forderte Henke. Auch Staatssekretärin Müller-Badache bescheinigte den Ärztinnen und Ärzten eine wichtige Rolle bei Thema Prävention und stellte fest, dass in diesem Punkt Ärzteschaft und Ministerium einer Meinung sind.



Gastgeber und Gäste freuten sich gleichermaßen auf einen Abend voller anregender Gespräche auf dem 12. Sommerempfang der ärztlichen Körperschaften in Nordrhein (v.l.n.r.): Dr. Peter Pottboff, Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, Rudolf Henke, Präsident der Ärztekammer, Martina Hoffmann-Badache, Staatssekretärin im NRW-Gesundheitsministerium, Bernd Zimmer, Vizepräsident der Ärztekammer Nordrhein, und Dr. Frank Bergmann, Vorsitzender der Vertreterversammlung der KV Nordrhein. Foto: bre